

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag der Fraktion Die Linke - Neiddebatten beenden und gute Löhne durchsetzen - Für einen Tarifaktionsplan in Brandenburg - Drucksache 7/9203 vom 13.02.2024

Mehr Netto vom Brutto und hohe Investitionen sichern ein gutes Leben für die Brandenburger

Der Landtag stellt fest:

1. Es gibt in Deutschland keine Neiddebatten, sondern die Sorge großer Bevölkerungsteile vor der Behinderung wirtschaftlicher Entfaltung und vor der Verarmung in der ökosozialistischen, planwirtschaftlichen „Transformation“, welche die Rezession bedingt.
2. Das Land Brandenburg kommt seiner föderalen Pflicht nicht nach, seine Möglichkeiten dazu zu nutzen, die Politikfolgen im Land abzuschwächen und z. B. auf Bundesebene entschieden Widerstand zu leisten.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

1. dass der steuerliche Grundfreibetrag auf 23.500 Euro angehoben und regelmäßig weiter, der Inflation angepasst, erhöht wird.
2. dass alle Ausgleichsmittel für perspektivisch angenommene „Klimafolgen“ in Ausgleichsmittel für Klimapolitikfolgen umgewidmet werden.
3. dass die Pendlerpauschale erhöht wird.
4. dass die volkswirtschaftliche Verarmung aufgrund der politisch gewollten Energieverknappung durch das Aufgeben der „Klimaziele“ und damit ihrer investitionshemmenden Folgen einerseits und des Geldverbrennens durch den Ausbau volatiler Energieformen andererseits beendet wird.
5. dass jegliche CO₂-Bepreisung gestoppt wird.
6. dass das Brandenburgische Vergabegesetz entbürokratisiert wird.

Begründung:

Zum wiederholten Mal wird von der Fraktion Die Linke ein Ausweg aus der sozial- und wirtschaftspolitischen Misere darin gesehen, das Vergabegesetz zu überarbeiten und den Vergabemindestlohn zu erhöhen. Dies ergänzt sie aktuell mit der Forderung, Sanktionen im Bürgergeld völlig zu unterbinden.

Und wiederholt weist die AfD darauf hin, dass Deutschlands wirtschaftlicher Abstieg die Nation von einem Hochlohnland in ein Land, das faktisch die De-Industrialisierung der neuen Bundesländer auf den Westen ausdehnt, wandelt. Dies einerseits zu verhindern bzw. andererseits Brandenburg zu reindustrialisieren, schafft die Voraussetzung für stabile Verhältnisse und gute Löhne. Mehr Bürokratie im Vergabegesetz oder eine Verhinderung von Reformen des sogenannten Bürgergeldes, das ein Nicht-Bürgergeld ist, sind kein Weg für ein besseres Leben in Brandenburg.

Bereits im Mai 2023 forderte die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages, der den arbeitenden Bürgern in der Zeit des durch die deutsche Politik verschuldeten Abschwungs den nötigen Spielraum verschafft.

In ihrem Antrag verschweigt die Fraktion Die Linke sämtliche tatsächlichen Problemlagen, die letztendlich zu niedrigeren Löhnen führen. Wirtschaftsfeindliche Politik, zu der natürlich auch die Steuergeldverschwendung der Migrationspolitik gehört, fördert Obdachlosigkeit und Verarmung, hohe Abgaben treiben Bürger zur Verzweiflung und Unternehmen ins Ausland.

Das abfließende Geld fehlt für Investitionen - eine Grundlage für langfristig gesicherte, hohe Löhne. Schließlich und endlich „träumt auch die Industrie nicht davon, morgen CO₂-frei zu sein, sondern davon, dass wir hier sinnvolle Technologien entwickeln, dass man ihr Freiräume lässt, sie zu entwickeln [...] um sie später vermarkten zu können. Innovationen sind schwierig, wenn wir ums Überleben kämpfen.“¹

Nur Steuer- und Abgabenerleichterung und der Abbau von Staatsinterventionen werden Leistungsfähigkeit fördern, Investitionshemmnisse abbauen und damit langfristig Renten und höhere Löhne sichern. Weitere Ausweitungen des Staatshandelns, das die bisherige Not verursacht hat, lehnen wir ab.

Gutes Leben in Brandenburg ist möglich, wenn die schlechten Eingriffe des Staates aufhören.

¹ Vgl. Rainer Dulger: „Wir schlafwandeln in die drohende Krise“, in: *Cicero* (September 2023), S. 74–80, hier S. 79.